

der Nachhaltigkeit und der Verlässlichkeit auch in der Haushaltspolitik. Wichtig ist, dass die Menschen das Gefühl haben, dass in der Politik Kontinuität herrscht. Dazu gehört auch die Kontinuität der Haushalte, die Verlässlichkeit der Planungen der Regierung. Wir lehnen Ihren Antrag ab und arbeiten weiter daran, das Ziel der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse einzuhalten.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das ist wenig glaubwürdig, Herr Kollege!)

Leisten auch Sie hierzu Ihren Beitrag!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Hagedorn das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am Anfang möchte ich noch ganz kurz etwas zu Ihnen, Kollege Claus, sagen, weil man es Ihnen nicht durchgehen lassen kann, dass Sie so tun, als sei es die Schuldenbremse, die für all das verantwortlich ist, was Sie hier teilweise zu Recht angeprangert haben, etwa fehlende Investitionen im Osten und fehlende Investitionen in Bildung.

(Roland Claus [DIE LINKE]: Das ist die Steuerabsenkung, die Sie vorher beschlossen haben!)

Das alles hat mit der Schuldenbremse nichts zu tun, sondern das ist die verfehlte Politik der jetzigen Koalition. Da stimme ich Ihnen zu.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das hat schon etwas eher angefangen! – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Weil wir für die Schulpolitik der Länder zuständig sind? Also bitte schön, Frau Kollegin! Das ist Ländersache!)

Es sind die Auswirkungen dieses sogenannten Sparpaketes, das eindeutig – die Kollegin Hinz hat schon darauf hingewiesen – eine massive soziale Schieflage in diesem Land verursacht, zulasten gerade der östlichen Bundesländer und strukturschwacher Regionen, zulasten auch der Stadtstaaten wie Berlin und vor allen Dingen zulasten der Menschen, die dringend auf Investitionen in Bildung, in Ausbildung, in lebenslanges Lernen und auf eine Chance, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, warten. Aber all das, Kollege Claus, hat mit der Schuldenbremse an sich nichts zu tun, sondern das ist das Ergebnis dieser verfehlten Politik.

(Beifall bei der SPD – Roland Claus [DIE LINKE]: Das ist nicht eure einzige Sünde! Das stimmt!)

Den Rest meiner Redezeit möchte ich jetzt lieber den vier Fraktionen widmen, die eigentlich für die Schuldenbremse sind. Ich sage „eigentlich“, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb; denn wer wirklich für den Geist der Schuldenbremse ist – wir haben sie vor zwei Jahren gemeinsam eingeführt –, der müsste eigentlich diesem Antrag der SPD zustimmen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ja!)

Es ist schon eine große Enttäuschung, dass Sie das nicht tun. Natürlich entlarven Sie damit ein Stück weit, wie wenig ernst es Ihnen mit dem Sparen tatsächlich ist.

Das, was mein Kollege schon ausgeführt hat, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Ich will noch einmal deutlich machen – es sollte Sie stutzig machen, dass das nicht nur die SPD-Fraktion und die Grünen sagen, sondern auch die Bundesbank, der Sachverständigenrat und der Bundesrechnungshof, etwa in einer Sachverständigenanhörung des Haushaltsausschusses im Herbst letzten Jahres, und das seitdem kontinuierlich –, dass Sie mit Ihrer frei gewählten Interpretation der Schuldenbremse auf dem Holzweg sind und dass Sie sich damit selbstverständlich einen zusätzlichen Kreditrahmen von 50 Milliarden Euro – ich beziehe mich auf Zahlen der Bundesbank – schaffen wollen. Natürlich müssen wir vermuten, dass dieses Geld eine Art Kriegskasse für das Jahr 2013 ist; das ist doch wohl logisch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden es zusammen erleben.

Das Schlimme daran ist, dass Sie mit diesem Ansinnen erneut auf einem wichtigen Politikfeld, dem der Einführung der Schuldenbremse – darüber hat es in diesem Haus vor gar nicht langer Zeit einen breiten parteiübergreifenden Konsens gegeben –, das gewonnene politische Renommee aufs Spiel setzen. Wir alle haben den Menschen das Versprechen gegeben, stärker zu konsolidieren, nicht um des Sparens willen, sondern um in Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen Gestaltungsspielräume zu schaffen für Bildung, Mobilität, Infrastruktur und Investitionen in die Energiewende, die wir gemeinsam zu bewältigen haben; wie wir alle wissen, ist das, was Sie vorhaben, komplett unterfinanziert.

(Beifall bei der SPD)

Um diese Zukunftsinvestitionen nicht auf Pump tätigen zu müssen, brauchen wir die Schuldenbremse, allerdings in der verschärften Form, wie sie unisono von Bundesbank, Sachverständigenrat und Bundesrechnungshof verlangt worden ist, das heißt auf der Basis der 2010 zugrundegelegten 44 Milliarden Euro und nicht auf Basis der von Ihnen zugrunde gelegten über 65 Milliarden Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie hier immer so tun, als wenn Sie durch Sparen in der letzten Zeit das ursprünglich in der Großen Koalition festgelegte Ziel einer bestimmten Nettokreditaufnahme erreicht hätten, dann ist das wirklich Volksverdummung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie profitieren nämlich von konjunkturellen Effekten – das wissen Sie auch –, und konjunkturelle Effekte dürfen entsprechend den Regelungen zur Schuldenbremse eben nicht für langfristige, nachhaltige strukturelle Ausgaben und schon gar nicht für Steuersenkungen, lieber Kollege Fricke, verfrühstückt werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Hagedorn, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Fricke?

Bettina Hagedorn (SPD):

Aber selbstverständlich, gern.

Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Kollegin Hagedorn, ich sage an Stellen wie dieser immer: Okay, in jedem Gedanken, den man sich macht, kommt zum Ausdruck, dass man etwas Positives erreichen will. Ich gehe davon aus, dass hinter Ihrer Schuldenbremse etwas Vernünftiges steckt.

Bettina Hagedorn (SPD):

Hinter meiner?

Otto Fricke (FDP):

Hinter der Schuldenbremse, so wie die SPD sie sich vorstellt und wie sie von den Grünen unterstützt wird. Man behauptet, diese Form sei besser, transparenter, klarer und gerechter.

Der Kollege Barthle und ich möchten einfach gerne wissen, wie viele Milliarden Euro Schulden wir, diese Koalition, nach Ihrer Vorstellung am Ende dieses Jahres gemacht haben dürfen. Können Sie eine Zahl nennen? Können Sie „circa soundso viel Milliarden Euro“ sagen? Wenn Sie das könnten, dann könnten wir uns am Anfang des nächsten Jahres wieder treffen und sagen: „Wir haben die Schuldenbremse eingehalten“, oder Sie können sagen: Seht, ihr habt sie nicht eingehalten. – Das wäre eine schöne Sache. Bringen Sie es zustande, uns eine grobe Zahl – plus/minus 1 Milliarde Euro – zu nennen?

Bettina Hagedorn (SPD):

Lieber Herr Schulmeister,

(Otto Fricke [FDP]: Ich habe nur gefragt!)

ich will gerne auf Ihre Frage eingehen,

(Otto Fricke [FDP]: Das können Sie!)

aber nicht in der Form, die Sie intendieren.

Zunächst einmal: Es ist nicht meine Schuldenbremse oder die der SPD oder die der Grünen, sondern unsere gemeinsame; darauf habe ich ausdrücklich hingewiesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Aber ich meine Ihren Antrag!)

Es geht darum, die Auslegung des Schuldenabbaupfades zu konkretisieren, und zwar deshalb – das hat der Kollege Schneider hier gesagt –, weil wir in der Sachverständigenanhörung zu unserer gemeinsamen Schuldenbremse mit Bundesrechnungshof, Bundesbank und Sachverständigenrat festgestellt haben, dass es diese Interpretationslücke gibt.

(Otto Fricke [FDP]: Aber wie viele Schulden dürfen wir denn jetzt machen?)

Diese Lücke – Sie interpretieren so, wir interpretieren anders – wollen wir schließen. Wir wollen eine gesetzliche Festlegung, um ein für alle Mal Klarheit zu schaffen.

(Otto Fricke [FDP]: Sagen Sie doch einfach mal wie viel!)

– Mein lieber Kollege Fricke – wir reden hier im Plenum und nicht im Haushaltsausschuss –,

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Reden Sie da anders als hier?)

ich spreche in erster Linie, weil ich von den Menschen außerhalb dieses Saales, für die „Schuldenbremse“ ein schwer zu verstehender Begriff ist, verstanden werden möchte. Es geht darum – das verstehen die Menschen –, dass Sie durch Ihre freie Interpretation, die von den Sachverständigen nicht geteilt wird, die Chance haben, zusätzlich 50 Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen.

(Otto Fricke [FDP]: Aber wir tun es ja nicht!)

– Das sagen Sie jetzt. Wenn Sie es nicht tun, dann stimmen Sie doch unserem Entwurf zu! Das wäre doch der Beweis für Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Klaus Brandner [SPD]: Reingelegt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss zum Schluss kommen. Ich möchte aber noch einen Aspekt aufgreifen, den die Kollegin Prinz –

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt fängst du auch damit an!)

Hinz – Entschuldigung, Priska – hier schon angesprochen hat.

(Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn schon, dann Prinzessin!)

Es geht um das, was die Koalition sonst noch alles macht, um die Schuldenbremse auszutricksen. Dabei ist die Belastung der sozialen Sicherungssysteme eines der schwerwiegendsten Probleme. Das gilt insbesondere für die Bundesagentur für Arbeit.

Der Kollege Schneider hat es schon angesprochen. Um die Regelungen der Schuldenbremse einzuhalten, haben Sie vor einem Jahr ein sogenanntes Sparpaket aufgelegt. Mit diesem Sparpaket wollten Sie den Unternehmen und den Verursachern der Wirtschaftskrise Belastungen zumuten. Diese Belastungen kommen nicht; die haben sich in Luft aufgelöst. Das Einzige, was Sie wirklich umsetzen, ist Ihr völlig unsoziales Sparpaket zulasten des Etats von Frau von der Leyen im Bereich Arbeit und Soziales. Das sind ungefähr 40 Prozent des gesamten Sparpakets. Das führt dazu, dass das, was Sie bei der Bundesagentur für Arbeit, bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern jetzt sparen, nur ein Bruchteil dessen ist, was noch folgt. In Wahrheit kommt die große Welle an Einsparungen und Kürzungen erst noch auf die Länder zu.

Ich war vor kurzem bei einer Veranstaltung in Berlin. Da musste ich den Leuten mitteilen: Wenn Sie glauben, dass das, was durch dieses Sparpaket in diesem Jahr bei der Bundesagentur für Arbeit hier eingespart wird, nämlich 136 Millionen Euro, schon viel ist, dann irren Sie sich; Sie müssen realisieren, dass sich das in den nächsten Jahren nach den Beschlüssen der Koalition allein für Berlin bis 2015 auf über 500 Millionen Euro pro Jahr steigern wird. Dieses Geld fehlt der Generation, der wir mit der Schuldenbremse eigentlich Chancen für die Zukunft erhalten wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Brackmann für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Brackmann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinhin sagt man: Mens agit molem. Zu Deutsch: Der Geist bewegt die Materie. – Aber der Geist Ihres Entwurfs hat offenbar nicht einmal Ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen erreicht; denn wir müssen feststellen: Bei dieser trockenen Materie konnte offenbar nicht erreicht werden, dass Ihnen allen klar ist, worum es bei der Berechnung der Schuldenbremse eigentlich geht. Jedenfalls war die inhaltliche Debatte offenbar anders angelegt.

Deshalb ist das hier eine Diskussion, die viele Bürger nicht verstehen, die mit dem Geist der

Schuldenbremse wenig zu tun hat und vor allen Dingen mit dem Ergebnis überhaupt nichts zu tun hat. Die Schuldenbremse schreibt den Endpunkt auf 2016 fest. Mit Ihrem Entwurf sagen Sie, dass Sie für das, was wir im Grundgesetz in Bezug auf den Abbaupfad festgeschrieben haben – der Abbau hat im Übrigen linear zu erfolgen und endet 2016 bei einem Fixpunkt –, eine flachere Entwicklung haben wollten.

Wir sprechen in dieser Situation über eine sehr trockene Materie und vergessen dabei, dass wir eine extrem gute wirtschaftliche Lage haben. Die Nettokreditaufnahme ist weitaus geringer, als wir geplant haben. Wir werden bei unter 40 Milliarden Euro landen. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Gerade heute wurde verkündet, dass wir 228 000 Arbeitslose weniger haben als vor exakt einem Jahr. Die Wirtschaft boomt – 3,3 Prozent mehr Wachstum –, und die Steuereinnahmen sprudeln.

Einmal weg von dieser trockenen Materie Ihres Entwurfs: Eine Schuldenbremse muss man nicht nur dem Geist nach, sondern auch dem Inhalt nach leben.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das wäre prima! – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das wäre gut! Dann können Sie unserem Antrag zustimmen! Schon wieder ein Grund!)

– Das wäre doch gut, wenn wir das täten.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Schon wieder ein Grund, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen!)

Das setzt aber auch voraus, dass wir das Geld dafür aufbringen. Denn man muss die Schuldenbremse nicht nur wollen, man muss sie auch leben. Das Einhalten der Schuldenbremse erreicht man nämlich nicht über Ausgaben, sondern darüber, dass man Ausgaben eben nicht tätigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Zum Beispiel Steuersenkungen!)

Wir alle wissen, was eine zu hohe Staatsverschuldung bedeutet. In diesen Tagen können wir im Mittelmeerraum sehr genau beobachten, welche Bedeutung das hat. Getreu dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Die jährliche Neuverschuldung ist nach wie vor viel zu hoch. Das wissen wir.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Denn man tau!)

Im Jahre 2011 kann sie nach dem beschlossenen Haushalt 48 Milliarden Euro betragen. Wir werden die Nettoverschuldung in diesem Jahr so weit reduzieren können, dass wir auf unter 40 Milliarden kommen werden.